

# Platz abbeck

Nr. 1 Februar 2004

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln  
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

## Das ist ein Kommunal-Verfassungsbruch!

**Rat wurde über ablehnende Meinung von Roters nicht unterrichtet**

„Gleichwohl habe ich angesichts des hohen Risikogehalts erhebliche Bedenken gegen das (Messe, d. Red.) Geschäft. Die lange Bindung des Vertrages mit der Folge eingeschränkter Veräußerungsmöglichkeiten – zwar möglicherweise nicht im Rechtssinne, wohl aber im praktischen Sinne – schränkt die Handlungsspielräume auch in Anbetracht des erzielbaren Barwertvorteils unangemessen stark ein. Darüber hinaus ergeben sich Risiken aus der Möglichkeit von Rechtsänderungen, insbesondere im steuerlichen Bereich, die auf den Bestand des Vertrages durchschlagen können. Die Risiken solcher Rechtsänderungen hat die Stadt Köln zum nicht unerheblichen Teil auch für solche Änderungen zu tragen, die im amerikanischen Steuerrecht vorgenommen werden, wie z.B. die Einführung einer Quellensteuer.“

Ich rate deshalb davon ab, den Vertrag zu schließen.“

Oben stehenden Brief schrieb Regierungspräsident Roters wenige Tage nach dem 26. September, als der Rat der Stadt Köln gegen die Stimmen von PDS Offene Liste und Bündnis 90/Die Grünen ein CBL-Geschäft mit der Messe abgeschlossen hatte. Das war gleichzeitig seine Antwort auf eine Anfrage der Kämmerei vom 27. September, der Stadt Köln eine „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ für den US-Investor zu erteilen. Eine schallende Ohrfeige für die damals regierende schwarz-gelbe Koalition. Selbstherrlich regierte noch Prof. Bietmann im Rathaus. Drei Monate später scheiterten seine GAG-Privatisierung und dann Bietmann selbst.

Trotzdem bleibt die Frage, warum Oberbürgermeister und Kämmerer den Rat weder über die erheblichen Bedenken des Regierungspräsidenten noch über seine Empfehlung, von einer Unterzeichnung der CBL-Messe-Geschäfte ganz abzusehen, unterrichtet haben.

Nach §55 der Gemeindeordnung muss

[www.pds-koeln.de](http://www.pds-koeln.de)

## Kulturhauptstadt Europa 2010 – nächste Runde im urbanen Kulturkampf

Der urbane Kulturkampf wird fortgesetzt, ein K.o. für Köln ist noch nicht ausgezählt: am 12.2.2004 wird der Rat gegen die Stimmen der PDS-Gruppe die förmliche Bewerbung Kölns zur Kulturhauptstadt Europa 2010 beschließen und bis zum 31.3. beim Ministerium für Stadtentwicklung und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (MSWKS

gefallen, auch wenn sich noch unverzagt Kooperationspartner und Lenker um die beiden aus Unter Sachsenhausen gesteuerten Promotoren Schramma und XO scharen.

Blieben wir im Ring und blicken über die Seile.

In Graz wurde mit erheblichen Steuermitteln – rd. 55 Mio. Euro – Kulturmarketing betrieben. Die Stadt steht entgegen anders lautenden Aussagen durch die Veranstalter – so noch am 30.1.04 im Kölner KUNSTSALON – seit Jahresanfang vor einem finanziellen Fiasko. Von einer positiven Nachhaltigkeit für die Grazer Kultur (250.000 Einw.) ist nach dem Jahreskehrhaus 2003 nichts zu spüren:

- ▶ das Infrastrukturdefizit bei der Stadtentwicklung wurde nur punktuell ausgeglichen (so wurden städtische Altbauten mit Nasszellen saniert = Verbesserung der Wohnkultur!), der verkehrliche Um- und Ausbau vernachlässigt,
- ▶ Kultur im engeren Sinne wurde als „Kultur von oben“ wahr- und hingenommen, gegen die man sich nicht auflehnt; sie haben eher gleichgültig auf die Veranstaltungswalze reagiert,
- ▶ Mehrzweckhallen und das Kunsthause stehen meist leer,
- ▶ programmatisch war das einmalige, jedoch nicht einzigartige Jahres-

ereignis ganz auf Kaufkraftabschöpfung über den innereuropäischen Städtetourismus fixiert (die Grazer blieben ohnehin am heimischen Herd und im heimischen Bett),  
*Fortsetzung Seite 2*



Alternativkultur in Köln: Geisterzug 2002

NW) einreichen. Nordrhein-Westfälische Mitstreiter und Konkurrenten sind die Städte Essen/Bochum für das Ruhrgebiet und das westfälische Münster. Die Würfel sind aber schon insgeheim in Düsseldorf

der Oberbürgermeister den Rat „über alle wichtigen Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung ... unterrichten“.

Ist ein Geschäft über 785 Millionen Euro mit einem Barwertvorteil von rund 43 Millionen Euro nicht wichtig? Faktisch handelt es sich um einen Kommunal-Verfassungsbruch. Über solche wichtigen Beden-

ken der Aufsichtsbehörde hätte der Rat unterrichtet werden müssen. Ob er sich dann daran gehalten hätte, ist noch eine andere Frage.

Die PDS Offene Liste hat im Rat diese Frage gestellt. Am 12. Februar wird geantwortet.

Jörg Detjen

- ▶ es wurde vor allem „große Kunst“ präsentiert,
- ▶ finanzielle Rückflüsse in den Grazer Haushalt ergaben per Saldo nur 50.000 Euro aus dem Hotel- und Gaststättengewerbe, der Rest floss in die Schattenwirtschaft,
- ▶ eine befristete Kulturhauptstadtabgabe („Kurtaxe“) durch das Hotel- und Gaststättengewerbe wurde nicht erhoben,
- ▶ nach dem jüngsten Wirtschaftsbericht gingen allein 7 v.H. der Jobs in diesem Gewerbe verloren,
- ▶ ein positiver Beschäftigungseffekt in anderen Arbeitsmarktbereichen ist ebenfalls nicht erzielt worden,
- ▶ das Kulturbudget wurde in 2004 nicht erhöht, sondern gekürzt,
- ▶ die lokale Kulturszene erhielt über 2003 hinaus keine mehrjährigen Förderverträge mehr; sie hatte ihre Alibi-Funktion für die Kulturhauptstadt 2003 erfüllt,
- ▶ Land Steiermark und Stadt Graz werden alle größeren Kulturinstitutionen zu einer privaten „Kulturholding“ zusammenfassen, die eine angepasste Einheitskultur „produzieren“ soll; es zählt fortan die Vermarktung der prognostizierten Tourismusgröße nach der Formel „Besucher x Ticketpreis = Umsatz/Gewinn“.

In Köln, und da braucht man weder Prophet noch Wahrsager zu sein, ist zu befürchten, dass

- ▶ der institutionalisierte Größenwahn „Kulturhauptstadt Europa“ die Stadt mit ihrer selbstgefälligen Oberschicht bereits im Bewerbungsstadium in den pseudokulturellen Superrausch treibt: sie bescheiden sich nicht mit dem Positiv, sie begnügen sich auch nicht mit dem Komparativ, sondern machen sich gegenseitig mit dem Superlativ etwas vor,
- ▶ die durch nichts erwiesene Behauptung

Kölner Kulturvermarkter bei Teilen der Kölner Bevölkerung verfängt, sie seien im Vergleich zum Publikum anderer Städte „ganz anders“ und kulturbegeistert, und nicht als plumper Appell an ihre kölsch-türmerische Eitelkeit entblößt wird,

- ▶ durch die totale Vermarktung für den Städtetourismus („Erlebniseinkauf“/„Events“ für Ladenöffnungszeiten) alle Kulturen und Künste mittelfristig zu einer Bedarfs- und Verbrauchskultur nach amerikanischem Zerrbild verkommen werden,
- ▶ die veränderte Kulturrezeption durch Kinder und Jugendliche in „Hip-hop“-Manier verstärkt wird und sich ihnen Sponsoren und Programmierer anbieten werden, um arbeitgeber-nützliche Sekundärtugenden zu fördern,
- ▶ sich Alternativ- und Subkulturen diesen Vermarktungsstrategien nur durch Verweigerung und Rückzug in ihre Nischen („Kulturbiotope“) widersetzen können,
- ▶ die finanzielle Förderung der alternativfreien Kulturen und Künste in einer Stadt, die durch die veröffentlichte Meinung ihrer Oberschicht die Behauptung wiederholen lässt, pluralistisch, liberal und multikulturell zu sein, 2006 - 2010 nicht im gleichen Umfang erfolgt, wie sie ihrer definierten Hochkultur zuteil wird,
- ▶ das Interkulturelle Referat im Kulturamt zerschlagen und damit die kulturelle Vielfalt in Köln nicht nur verleugnet, sondern auch unerträglich gedemütigt wird,
- ▶ schon während der Vorbereitungsphase demokratiefeindliche Organisationsstrukturen geschaffen werden, obwohl es vorgeblich um die Präsentation d e r Kölner Kulturen und Künste – also aller – gehen soll,
- ▶ sich eine Veranstaltungs-GmbH der kommunalen Rechnungsprüfung und Korruptionsprävention entziehen wird,

▶ die Sponsorensomme von rd. 40 Mio. Euro nicht akquiriert werden kann,

▶ sich Sponsoren nur für die „Hochkultur“ finden lassen,

▶ die Sponsoren nichts in einen gemeinsamen Spendensäckel werfen wollen, über dessen Verwendung sie nicht mitbestimmen dürfen,

▶ durch die Stadt nicht erklärt wird, wie sie sich verhalten wird, wenn das Sponsoring fehlschlägt oder nicht das kalkulierte Mindestvolumen (40 Mio. Euro) erreicht,

▶ die Stadt sich scheut, bei misslungenem Sponsoring die Programmgestaltung schrittweise zu Gunsten der Breiten- und Alternativkultur zurückzuführen,

▶ die Stadt bis spätestens Ende 2005 beim Ausbleiben hinreichender Fremdmittel nicht auf die Veranstaltung verzichtet und die Benennung zurückgibt,

▶ letztendlich die rheinische Kulturmetropole nicht schon heute das Europaparlament auffordert, eine kleine bis mittlere Stadt als „Kulturhauptstadt Europa“ auszurufen und dort das zu fördern, was es ohnehin schwer hat.



Wolfgang Breuer

(vgl.a. Lokalberichte 7/2003 S.8, 2/2004 S.2, 3/2004 S.1, Platzjabbeck 2/2003 S.3, KStA v. 6.3.2003)

## 100 Mio. Euro Schulsanierungskonzept am Rat vorbei?

### „Expresslos“ über 30 Mio. Euro per Dringlichkeitsentscheidung

Mit einer Dringlichkeitsentscheidung wollte OB Schramma das gigantische PPP-Schulsanierungsprojekt starten. Dabei hatte der Rat die Verwaltung gegen die Stimmen der PDS Offenen Liste am 20. November 2003 nur beauftragt „Vorschläge“ zu unterbreiten.

Am 27. November beauftragte die Gebäudewirtschaft die Firma PSPC GmbH in Berlin, ein Umsetzungskonzept vorzulegen. In ihrer Beschlussempfehlung folgt die Verwaltung jetzt dem 41-seitigen Gutachten ohne vorherige offene Diskussion mit den zuständigen Ausschüssen und dem Rat. In der Dringlichkeitsentscheidung wird die Dringlichkeit auch nicht begründet.

Das kritisierte die PDS Offene Liste in einer Presseerklärung:

„Eine Arroganz sondergleichen. Bis heute hat die Verwaltung unsere komplexe Anfrage zur PPP-Finanzierung nicht vollständig beantwortet und sich bislang ausgeschwiegen. Bis heute hat die Verwaltung nicht bewiesen, ob Privatinvestment günstiger ist als eine öffentliche Finanzierung.“

Bündnis 90/Die Grünen hatte am 20.11. im Rat noch davon gesprochen, dass die Verwaltung „Vorschläge“ machen soll, „Entscheidungen über konkrete Sanierungsmaßnahmen stehen später an“. (Sabine Ulke, Ratsprotokoll S. 16). Die Grünen in Monheim lehnen nach leidvollen Erfahrungen (Sanierungskonzept von 13 Schulen) inzwischen das Finanzierungskonzept ab, nachdem ihre Bürgermeisterin monatelang in der Len-

kungsgruppe mitgearbeitet hatte.

Schwarz-Grün erhofft sich mit der PPP-Finanzierung öffentliche Fördermittel vom Land. Ob das eintritt, ist völlig offen, da auch das Gutachten erwähnt, dass eine Entscheidung „erst im Laufe des Jahres 2004 geklärt werden“ (S. 24) kann.

Im PSPC-Umsetzungskonzept werden weitreichende Vorschläge gemacht, darunter die abwegige Forderung, die gesamten Hausmeister und alle Reinigungskräfte der zu sanierenden Schulen „auszulagern“.

Zur Unterzeichnung der Dringlichkeitsentscheidung kam es dann doch nicht, nach dem die Grünen Bachschmerzen bekamen. Der Rat soll sich jetzt neuerlich mit dem Thema befassen. Jörg Detjen

### ■ Nippes

#### EAW-Bebauungsplan von Politikern abgelehnt

Nach jahrelangen Verhandlungen um die Zukunft des ehemaligen Eisenbahn-Ausbesserungswerks-Geländes legte die Verwaltung jetzt einen Bebauungsplan vor, der von der Bezirksvertretung abgelehnt wurde. Insbesondere wehrten sich die Politiker gegen die Zumutung, ein so umfangreiches und vielschichtiges Vorhaben per Dringlichkeit „abnicken“ zu sollen.

Die Vorstellungen von Bevölkerung und Politik spielen in dem Plan keine Rolle mehr. Er sieht vielmehr vorrangig Gewerbe und privat finanzierte, hochgeschossige Mietwohnungen in verdichteter Bebauung vor.

Auch die vorgesehene autofreie Siedlung scheint über einen Umweg zur Disposition zu stehen. Der Optionsvertrag mit dem Investor sieht vor, dass innerhalb von 18 Monaten eine verbindliche Finanzierungszusage für das geplante Gebiet vorliegen muss, eine Forderung, die angesichts der komplizierten Sachlage bei diesem Modellprojekt kaum erfüllbar scheint. Der Vertrag lag übrigens der Bezirksvertretung nicht vor. *Michael Weisenstein*

### ■ Nippes

#### BV will Entscheidung über Altenberger Hof

Die Bezirksvertreter möchten von der Verwaltung endlich Auskunft darüber haben, wer Betreiber des Bürgerzentrums Altenberger Hof werden soll. Die Bewerbung von „Zug um Zug“ liegt seit langem vor.

Außerdem möchten die Nippeser, dass der Biergarten in diesem Sommer endlich wieder von den Bürgern genutzt werden kann. Allerdings muss, wie Michal Weisenstein von der PDS Offene Liste betont, bei der Vergabe der Pachtrechte darauf geachtet werden, dass sich Biergarten und kulturelles Angebot im Bürgerzentrum „vertragen“ und nicht beispielsweise ein Wetteifer um Lautstärke entsteht.

*Michael Weisenstein*

### ■ Ehrenfeld

#### Halbjahresbericht „geschoben“

Die Liste der „nicht erledigten“ Beschlüsse der Bezirksvertretung Ehrenfeld im

Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters ist lang. Dennoch wollten sich die Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter nicht darauf einlassen, im Hauruckverfahren über Verbleib oder Streichung ihrer Anliegen zu entscheiden. Außerdem waren zahlreiche Stellungnahmen der Verwaltung erst unmittelbar vor der Sitzung eingetroffen. Deshalb wurde die befürchtete Mammutsitzung um diesen Punkt bereinigt. Ebenso soll über die Ergebnisse der „Rahmenplanung Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld“ auf einer Sondersitzung beraten werden. *Helga Humbach*

### ■ Ehrenfeld

#### Bahn AG noch immer in der Pflicht

Einen neuen Anlauf macht die Bezirksvertretung, um von der Bahn AG Auskunft über Bauarbeiten und Pläne im Stadtbezirk zu bekommen. Nachdem eine „Aktuelle Stunde“ am Nichterscheinen der Bahnvertreter gescheitert war (angeblich war die Einladung irgendwie „unter die Räder gekommen“), soll auf der nächsten BV-Sitzung über das Schicksal der Bahnbögen und der Kleingärten am Technologiepark informiert und diskutiert werden.

*Helga Humbach*

### ■ Ehrenfeld

#### „Bio Campus“ – ein Plus für Ehrenfeld?

Die CDU-Fraktion wertet die Errichtung eines Bio-Campus in Bocklemünd-Mengenich als positives Signal für die Entwicklung des Stadtbezirks und stimmte uneingeschränkt für die Einleitung des Bebauungsplanes. Die Vertreterinnen der Grünen wollten zuvor noch Auskunft darüber, ob für die zur Bebauung vorgesehene Grünfläche ein Ersatz geplant ist. Die Vertreterin der PDS Offene Liste kritisierte die Anglisierungen in der Vorlage – von „Bio-Campus“ bis „Life Science“-Bereich statt konkreter Aussagen über Charakter und Art der geplanten Gewerbeunternehmen. Schließlich wurde der Aufstellung des Plans mehrheitlich zugestimmt und die Bedenken bis zu den weiteren Beratungen zurückgestellt. *Helga Humbach*



Die PDS Offene Liste fordert alle Ratsmitglieder auf, die in den Beiräten bei den drei Beteiligungsunternehmen der AVG eine Funktion haben, ihr Mandat niederzulegen. Diese Beiräte sind vorbei am Rat gebildet worden. Zu vermuten, aber nicht nachzuweisen ist, dass die Aufstockung der Beiräte im Jahre 2001 mit der Teilprivatisierung der Müllabfuhr zusammenhängt. Deshalb muss jetzt Schluss sein! Der RWE-Konzern sollte nicht einfach die Trienekens-Beiräte weiter fortführen, sondern sie schleunigst auflösen!

Acht andere städtische Betriebe haben ebenfalls Beiräte eingerichtet, in denen aber kein Ratsmitglied vertreten ist. Da der RWE-Konzern jeweils 74,9% bei Baustellenabfall-Verwertung GmbH (BAV), der Gewerbeabfallsortierung und Verwertung Gesellschaft mbH (GVG) sowie Kompostierung und Verwertung Gesellschaft Köln (KVK) hat und somit über die Mehrheit verfügt, kann der Rat diese Mitglieder nicht unmittelbar abberufen.

*jöd*

#### Ausländerbeirat fordert Integrationsrat

Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW (LAGA) strebt an, in 20 Städten Integrationsräte zu gründen. Hierbei soll die Landesregierung NRW das konstruktive Zusammenwirken von Räten und Ausländerbeiräten durch Handlungsempfehlungen unterstützen.

Der Kölner Ausländerbeirat hat den LAGA-Vorschlag aufgegriffen und einen Antrag auf Einrichtung eines Integrations-

rates für die kommende Ratssitzung eingebracht. In Herne wurde ein solcher Antrag bereits beschlossen.

Der Integrationsrat soll zu 1/3 aus Ratsmitgliedern und zu 2/3 aus gewählten Ausländerbeiratsmitgliedern bestehen. Mit diesem Konstrukt will

der Ausländerbeirat mehr Einfluss in der Kommune bekommen. Erhofft wird auch ein Mitspracherecht bei der Haushaltsberatung der Kommunen und vor allem bei der Verteilung der Gelder für Integrationsarbeit, sowohl bei den Migranten als auch bei den Flüchtlingsvereinen. Damit der Ausländerbeirat in der Kölner Kommunalpolitik mehr Gewicht bekommt, wird die PDS Offene Liste den Antrag für den Integrationsrat unterstützen. *Sengül Senol*

## Zuzugsbonus ist „ein Erfolg“

In einem Bericht der Kämmerei über die „Steigerung der Hauptwohnsitzzahlen“ durch eine Bonuskarte für Studierende schlägt Stadtkämmerer Soënius neue, erfreuliche Töne an:

„Unter der Berücksichtigung des Umstandes, dass die Bonuskarte innerhalb von 4 Monaten von ca. 1200 Studierenden in Anspruch genommen wurde, kann von einem Erfolg des Projektes gesprochen werden.“

Bekanntlich hatten sich die PDS Offene Liste und der AStA der Uni Köln gegen die Einführung einer Zweitwohnungssteuer ausgesprochen und die Einführung eines Zuzugsbonus vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde nach einigen Bedenkenmonaten im Rat gegen die Stimme der FDP beschlossen. Eine repressionsfreie Lösung, die der Stadt Köln mit 1200 neuen Kölnerinnen und Kölnern fast eine Millionen Euro Schlüsselzuweisungen gebracht hat. Inzwischen hat sich auch eine enge Zusammenarbeit zwischen AStA und Stadtverwaltung im Rahmen einer gemeinsamen Arbeitsgruppe entwickelt. Der AStA hat der Stadtverwaltung zahlreiche Vorschläge gemacht, wie die Studierenden besser angesprochen werden können.

Der Kämmerer denkt darüber hinaus über eine Ausweitung des Zuzugsbonus-Konzeptes nach. Der Erfolg des bisherigen Projekts zeigt, dass Köln keine Zweitwohnungssteuer braucht. *Jörg Detjen*

**Kommunalwahlprogramm der PDS Offene Liste**  
Der Entwurf für ein Kommunalwahlprogramm der PDS Offene Liste Köln liegt jetzt vor. Er kann angefordert werden beim Ratsbüro der PDS Offene Liste, Postfach 103584, 50475 Köln, Fax: 21-27841. Im Internet ist der Entwurf als download verfügbar unter: [www.pds.de](http://www.pds.de)

## Volksinitiative: Herzlichen Glückwunsch!

Geschafft hat trotz schwieriger Bedingungen die „Volksinitiative“ gegen Kürzungen bei den Jugendeinrichtungen im Lande die erforderliche Stimmzahl für ihr Volksbegehren. Unterstützt wurde die Kampagne durch Infostände vor den Bezirksvertretungen, wo unter Vorlage des Personalausweises abgestimmt werden musste, und andere Aktionen. Jugendliche aus der evangelischen Kirchengemeinde Köln-Kalk hatten eine besonders pfiffige Idee. Sie produzierten eine „Protestsong“-CD, deren Text wir nachstehend dokumentieren.

*Immer Ärger und Frust,  
wenn du nicht weißt,  
was du tust,  
dich aber anpassen musst  
hast du auf gar nichts mehr Lust.*

*Die Politik glaubt, sie kann  
uns übergehen, und dann  
sind wir als Letzte dran,  
so fängt das Elend erst an.*

*Die Jugendzentren werd'n zugemacht,  
denn man hat uns gesagt,  
es hätt' finanziell nix gebracht,  
an uns hat keiner gedacht*

*Und dabei fließen Millionen  
in Stadien, U-Bahn-Stationen,  
obwohl sich die auch nicht lohnen  
ihr wollt die Reichen verschonen!*

*Wir haben alles geschluckt,  
wir haben lang genug zugeguckt (2x)*

*Refr.: Es wird Zeit, dass hier endlich was passiert,*



*wir haben's satt, wie ihr uns hier  
abserviert,  
spart jetzt nicht am falschen Ende -  
euer Denken braucht ne Wende!*

*Es wird Zeit, dass hier endlich was  
passiert,  
wir haben's satt, wie ihr uns hier  
abserviert,  
wenn ihr an der Jugend spart,  
dann wird unsre Zukunft hart.*

*Was wollt ihr durch das Streichen  
der Jugendarbeit erreichen?  
Durch solche Pläne voller Hast  
landen nur noch mehr Kids im Knast.*

*Ein Jugendzentrum bezahlen  
ist billiger, als nen Vandalen  
zu finanzier'n im Strafvollzug.  
Lernt endlich rechnen! Es ist genug!*

*Wir haben alles geschluckt...*

**Die CD (Text und Musik von  
Barbara Ebel und Frank Kemper)  
ist erhältlich bei: Evang. Jugend  
Köln-Kalk, Tel. 851651,  
email: [mail@jugend-kalk.de](mailto:mail@jugend-kalk.de)**

## Bitte kostenlos schicken



- Ich möchte den Platzjabbeck zugeschickt bekommen  
 Mehr Informationsmaterial zum Thema:

- Ich möchte in den nächsten Monaten an den  
Aktivitäten der PDS Offene Liste teilnehmen

Absender/in:

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

An die PDS-Offene Liste  
im Rat der Stadt Köln  
Göllichplatz 1-3  
Postfach 103 564  
50475 Köln